



DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

II - 1453 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Wien, am 7. Mai 1984

Zahl 10.101/39-I/1b-84

Schriftliche parlamentarische
Anfrage Nr. 650/J der Abgeord-
neten Dr. HÖCHTL und Kollegen
betreffend Bohrung der ÖMV AG.
in Klosterneuburg

613 IAB
1984 -05- 11
zu 650 JJ

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Anton B E N Y A

PARLAMENT

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen An-
frage Nr. 650/J betreffend Bohrung der ÖMV AG in Kloster-
neuburg, welche die Abgeordneten Dr. HÖCHTL und Kollegen
am 29. März 1984 an mich richteten, beehre ich mich wie
folgt Stellung zu nehmen:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

Im Raum Höflein - Kritzendorf, Stadtgemeinde Klosterneu-
burg, ist von der ÖMV Aktiengesellschaft Erdgas in mehre-
ren Tiefbohrungen nachgewiesen worden. Die bisherigen Ar-
beiten und Erkenntnisse der ÖMV Aktiengesellschaft rechtfertigen weitere Tiefbohrungen, zu denen auch die in Rede stehende Tiefbohrung "Höflein 8" zu zählen ist, um diese Erdgaslagerstätte weiter abzugrenzen. Da die Abgrenzung der Lagerstätte noch im Gange ist, können Angaben über die Größe der Vorräte noch nicht gemacht werden.

- 2 -

Zu Punkt 2 der Anfrage:

Derzeit besteht eine Pflichtbevorratung nur für Erdöl und Erdölprodukte auf Grund des Erdölbevorratungs- und -meldegesetzes 1982, BGBl.Nr. 546. Erdgas ist nicht vorratspflichtig. Nach Auskunft der ÖMV AG ist nicht daran gedacht, im Bereich Klosterneuburg-Kritzendorf ein Pflichtlager zu errichten.

Zu Punkt 3 der Anfrage:

Nach den mir vorliegenden Berichten konnte die ÖMV AG bisher noch keine Einigung mit allen Grundeigentümern über die Benützung von Grundstücken oder Teilen von diesen für die Zufahrt bzw. den Bohrplatz "Höflein 8" erzielen. Die genannte Erdölgesellschaft hat deshalb bei der Berghauptmannschaft Wien mit Post vom 3. April 1984 den Antrag um zwangsweise Grundüberlassung von für den Bergbau notwendigen Grundstücken oder Grundstücksteilen gegen eine angemessene Entschädigung auf Dauer des Bedarfes und nicht um Enteignung gestellt. Über diesen Antrag kann von der Berghauptmannschaft nur im Einvernehmen mit dem Landeshauptmann von Niederösterreich entschieden werden. Die Berghauptmannschaft Wien wird jedoch bemüht sein, eine Koordination widerstreitender Interessen herbeizuführen. Wie mir jüngst mitgeteilt wurde, hat die Berghauptmannschaft Wien für den 4. Mai 1984 eine Verhandlung mit dem Ziel ausgeschrieben, eine gütliche Einigung zwischen den betroffenen Grundeigentümern und der ÖMV AG für die Zufahrt und den Bohrplatz der Tiefbohrung "Höflein 8" herbeizuführen.

